

Wittgensteiner Zeitung

Ämtliches Anzeigebblatt der Stadt Laasphe,
der Aemter Grndtebrück, Banse und Wittgenstein.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt, Hofbuchdruckerei, Laasphe.

Anzeigen werden die einseitige
Zeile oder deren Raum mit 25 Pf.
berechnet; Wiederholungen mit
entsprechendem Rabatt.

Nr. 5.

Fernsprecher Nr. 79.

Laasphe, Mittwoch den 15. Januar 1919.

Postfachkonto Köln 40449

44. Jahrg.

Ämtliches. Anruf!

An die Landbevölkerung!

Stunden der größten Not sind in unserem Vaterlande
angebrochen. Die Aufrechterhaltung unserer inneren
Wirtschaft ist auf das schwerste gefährdet. Mangel an
Kohlen und Rohstoffen legen die Industrie in großem Um-
fange lahm. Ungezählte zurückkehrende
Krieger sind arbeits- und erwerbslos.
Es wird unmöglich sein, diesen allen und den vielen anderen
erwerbslos gewordenen Arbeitern in Industrie und Hand-
werk Unterkunft, Nahrung und Arbeit zu geben. Hier muß
und kann das Land helfen. Landwirte, Ihr habt
in ausopferndster Weise und unter Ein-
setzung eurer ganzen Kraft bisher ge-
holfen! Helft auch jetzt, die zurückkeh-
renden Krieger und alle anderen, die
keine Arbeit finden, auf dem Lande zu
beschäftigen. Gebt ihnen Arbeit, Nahrung und Woh-
nung, auch dann, wenn Ihr selbst im Raum be-
schränkt müßt. Wagt Wege, melioriert eure
Felder und Wiesen, macht Waldarbeiten,
kurz, schafft Arbeit! Das ist jetzt eine hohe,
sittliche Pflicht der Landwirtschaft.

Ohne Opfer wird und kann es dabei nicht abgehen.
Ueber allem aber muß jetzt die Forderung der Erhaltung
unserer landwirtschaftlichen Kraft und der inneren Ruhe
und Sicherheit stehen. Steigert die Erzeugung, soweit es
irgend möglich ist, umhat an Menschen an, soviel als Ihr
nur irgend unterbringen könnt und arbeitet so mit am
Wohle unseres Vaterlandes. Was vom Reichsamt für die
wirtschaftliche Demobilisierung geschehen kann, um der
Landwirtschaft zu helfen, wird geschehen.

Arbeiter!

Industrie und Handwerk, die Euch bisher beschäftigt
haben, liegen danieder. Die Kohlen- und Transportnot
zwingt sie zur Einstellung oder Einschränkung der Arbeit.
Das Land aber braucht Arbeiter. In den landwirtschaft-
lichen Betrieben ist überall viel zu tun. Nichts ist
jetzt wichtiger als die Sicherung unserer Ernährung. Land-
verbesserungen, Wegebauten und viele andere Arbeiten ähn-
licher Art harren der Ausführung. Bei der Bestellung und
Ernte des kommenden Wirtschaftsjahres können viele Arbeiter
lohnende Beschäftigung finden. Es gilt, den Boden bis
zum letzten Fleckchen zu bebauen.

Das Land ruft Euch und braucht Euch!
In jedem größeren Verwaltungsbereich sind landwirt-
schaftliche Arbeitsnachweise vorhanden. Wendet Euch an
sie, Ihr werdet Arbeit finden und helft so am besten Eurem
Vaterland.

Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung.
(Demobilisierungsamt.) Roeth.

Veröffentlicht.

Berleburg, den 7. Januar 1919.

Der Vorsitzende des Demobilisierungs-Ausschusses.
Dr. Kretschmar, Landrat.

Der Vollzugsausschuß der A., B. und S.-Kreise
des Kreises Wittgenstein.

Bekanntmachung.

Die bisherigen Mitglieder

1. Landwirt Rudw. Sauer zu Berleburg.
2. Fuhrunternehmer Karl Kiebsel, Berleburg.
3. Fuhrunternehmer Strohmann zu Laasphe.
4. Mehlereimer Mangel zu Laasphe.
5. Landwirt Friedrich Kothenspieler zu Feudingen.
6. Landwirt und Gemeindevorsteher a. D. Gilder zu Afeld.
7. Mühlenbesitzer Aug. Achenbach zu Niederlaasphe.
8. Gemeindevorsteher Althaus zu Banse.

zur Vertretung des Kreises bezw. auf politische An-
ordnung geordneten Wahlen sind für die Jahre 1919, 1920 und
1921 als Schiedsmänner wiedergewählt worden. An Stelle
des verstorbenen Gemeindevorstehers Homrighausen in Girkhausen
ist der hiesige Gemeindevorsteher Weiland dajelbst neugewählt
worden.

Berleburg, den 4. Januar 1919.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.
Dr. Kretschmar.

Bekanntmachung.

Der Kommunalverband ist ermächtigt worden, den Pferden,
die aus den Wäldern Holz abfahren, welches als Bau- oder
Nagelholz jeder Art, insbesondere als Grubenholz, in der Papier-
industrie, zur Herstellung von Eisenbahnschwellen und Eisenbahn-
waggons, Risten, Fässern, Holzbohlen oder als Ästchenholz Ver-

wendung finden soll, rückwirkend ab 1. 1. 1919 eine Hafe-
sonderzulage von 1,5 Pfund für das Pferd und den Gespanntag
zu bewilligen, soweit derselbe zur Verfügung steht. Bezug
auf die Ausführung dieser Zuteilungen bestimme ich, daß dieselbe
nachträglich auf Antrag gewährt wird und zwar am Schluß
eines Monats. Dem Antrag muß eine Bescheinigung der
Forstrevier- oder Gemeindeverwaltung beiliegen, aus welcher
die Anzahl der Pferde und der Gespanntage zu ersehen ist.
Auch muß die Bescheinigung Angaben enthalten, von wo, wohin
und für welchen Zweck das Holz bestimmt war. Der Tag der
Ausstellung ist anzugeben und muß der Unterschrift des be-
scheinigenden Beamten, seine Dienststellung oder sein Amtscharakter
beigefügt sein.

Die Anträge sind dem Wirtschaftsamt zwecks Prüfung und
weiteren Veranlassung vorzulegen.

Berleburg, den 8. Januar 1919.

Der Landrat. Dr. Kretschmar.

Bekanntmachung.

Die noch nicht eingezogenen Militärpflichtigen des Jahr-
gangs 1899 und der älteren Jahrgänge werden hierdurch auf-
gefordert, sich bis zum 20. Januar d. J. beim Amtmann bezw.
Bürgermeister ihres Aufenthaltsortes oder Wohnortes zur Auf-
nahme in die Rekrutierungsschamolle anzumelden.

Der Musterungsausweis ist bei der Anmeldung vorzulegen.
Unterlassung der Anmeldung zieht gerichtliche Bestrafung
nach sich.

Berleburg, den 8. Januar 1919.

Der Landrat. J. D. Weber, Kreissekretär.

Geht es aufwärts?

Ist der Höhepunkt des tollen Treibens in Ber-
lin überschritten? Unter der nervenzerrüttenden
Spannung dieser Tage ist man leichter geneigt, allen
optimistischen Meldungen zu glauben, an denen es
am 6. Tage der 2. Berliner Revolution nicht fehlt.

Auch die Regierung glaubt an ihren Stern und
hat folgende ämtliche Darstellung erlassen:

„Der Spartakusaufstand bricht zusammen. Die
Initiative liegt fest in der Hand der Regierung.
Die Aufständigen sind völlig in die Ver-
teidigung gedrängt und vermögen auch diese nur noch
mühsam durchzuführen. Man darf mit Sicherheit auf
den Fortgang solcher Entwicklung rechnen.“

Das Rathaus und die Artilleriewerkstätten Nord
und Süd in Spandau sind von Regierungstruppen
wiedergewonnen worden. Durch ihre nicht mehr zu
verleugnende Niederlage auch um den letzten Rest poli-
tischer Disziplin gebracht, entfallen sich die Spartakus-
leute immer mehr als gewissenlose Verbrecher.“

Noch andere Stellen, die mit der Regierung
Kollisions haben, schlagen in die gleiche Kerbe.

Von den Einigungsverhandlungen

Es ist nicht geworden. Die Regierung untersucht in
einem Aufruf an ihre Anhänger die Frage, ob eine
Verständigung mit den Unabhängigen überhaupt denk-
bar ist und verneint sie. Sie stellt sich dabei auf
den Standpunkt, daß die Unabhängigen hinterhältig
gegen die Mehrheitssozialisten gehandelt haben und
belegt das an der Hand von Beispielen aus den
letzten Tagen.

Im Wesentlichen besagt der lange Aufruf:

„Die Spartakusleute haben sich den Kopf einge-
rammt an der Mauer der sozialdemokratischen Arbeiter-
schaft. Wie ein Mann hat sich diese gegen die Blut-
herrschaft der Wenigen empor, die ihr den „Vorwärts“
geraubt und Bahnhöfe und Proviantämter besetzt ha-
ben, um durch diese Unterbindung der Ernährung das
Chaos herbeizuführen und die seit Sonntag abend in
eine durchaus friedliche Stadt Maschinengewehre und
Handgranaten als Mittel des politischen Kampfes ein-
geführt haben.“

Jetzt merken sie, daß sie nicht durchkommen.

Der Ruf der Regierung an die wahrhaft sozial-
istischen Massen hat viele Tausende den Werbetreuer
der Mehrheitspartei zugeführt. Spartakus sieht
sein blutiges Spiel verloren. Schon hat er nach Mos-
kau telegraphiert, der Kampf müsse möglichst bald ab-
gebrochen werden, da die Berliner Arbeiterschaft für
die Diktatur des Proletariats noch nicht reif sei, d. h.,
die Berliner Arbeiterschaft weiß Terror und Bürger-
krieg mit Entrüstung von sich. Nun erhebt sich der
Schrei nach Einigung.

Die Regierung hat alles versucht, diese Einigung
zu erzielen, jedes Blutvergießen zu vermeiden. Wäh-
renddessen hat Spartakus die Regierung und seine
eigenen Freunde, die Unabhängigen, beschimpft und
verhöhnt und für sich jegliche Verhandlungen abge-
lehnt. Nur eine Bedingung haben Regierung und Zen-
tralrat als selbstverständliche Voraussetzung für die
Verhandlung gestellt: Wiederherstellung der Presse-
freiheit. Dazu haben sich aber die Räuber der Ver-

liner Zeitungsbetriebe nicht verstehen wollen, zu die-
ser Erfüllung der einfachsten Forderung jeder Demokra-
tie. Ist der Schrei nach Einigung überall echt, dürft
Ihr an seine Wahrsamkeit glauben?

Die neue Forderung der falschen Einheitsapostel
heißt: Weg mit Ebert und Scheidemann! Kennt Ihr
diese alte verlogene Parole nicht wieder? Und jetzt
kommen sie, um unter dem Deckmantel der Einigung
den alten Rachegedanken durchzuführen. Sie wollen erst
die erwählten Führer der Partei beseitigen, um mit der
Partei dann um so leichter fertig zu werden. Wir, Eure
Genossen in der Regierung, erklären feierlich: Wir
sind in Hindernis für die Einigung. Aber wir sind
auf der Hut und Ihr seid wachsam wie wir. Wir wol-
len die Einigung der Arbeiterklasse, aber ehrlich, ohne
Hinterhalt, ohne Waffen. Helft uns das durchsetzen.
Wir können Frieden und Sozialismus nur schaffen,
wenn wir sind und bleiben.

Das ist also eine deutliche Abgabe an die Un-
abhängigen, denen jetzt auch von den Spartakus-
leuten die Freundschaft, die ja überhaupt nur ein-
seitig war, gekündigt wird.

Der Sturm auf den „Vorwärts“

In den Vormittagsstunden sind die Gebäude
des „Vorwärts“ und des Verlags Bürgstein von
Fronttruppen gesäubert worden.

Das Vorwärtsgebäude wurde durch das Feuer
von drei Minenwerfern sturmreif gemacht. Nun gin-
gen die ersten Handgranatentrümpfe vor. Unter dem
Schutze der Maschinengewehre schlichen sich die Gra-
natenträger an der rechten Seite des Platzes dicht
an den Häusern entlang hin.

Ein Strohtrupp drang in das Haus hinein und
überwältigte die Widerstrebenden nach ganz kurzer
Gegenwehr. Um 9 1/2 Uhr kamen die ersten Gefan-
genen, drei Zivilisten, zwei Russen und ein Soldat.
Die Gefangenen sagten aus, daß im „Vorwärts“
sich im Laufe der Nacht etwa achthundert Männer
und Frauen befanden, die über etwa 100 Maschin-
gewehre, 1200 Gewehre und weit über 1000 Hand-
granaten verfügten. (!)

Aufforderung zur Uebergabe.

Die Handgranatenträger der Gardebataillon hatten
sich inzwischen an den „Vorwärts“ herangearbeitet
und stellten die Frage, ob sich die Befragung ergeben
wolle. — „Nein, niemals!“ scholl es ihnen entgegen.
Darauf wurde der Kampf mit schweren Minen fort-
gesetzt. Die nächsten Minen wurden auf das Dach
des Vorderhauses gerichtet und durchschlugen das Ge-
bäude bis zum Keller, wo die Spartakisten ihre
Schwerwunden untergebracht hatten. Die Wir-
kung war schwer. Große Stücke Mauerwerk stürzten
tragend in die Tiefe und begaben alles, was in
diesem Zimmer noch lebte, unter sich. Eine zweite
Mine schlug etwas weiter hinten auf das Dach
des Hauses, wo die Verteidiger fünf schwere Ma-
schinengewehre in Stellung gebracht hatten, um die
ankommenden Truppen unter Feuer nehmen zu kön-
nen. Die eine Mine genigte, um alles, was auf
dem Dach stand, zu vernichten. Noch zwei Minen
wurden auf den „Vorwärts“ gesetzt, und dann war
diese Festung, die sich sechs Tage in den Händen der
Spartakisten befunden hat, sturmreif.

Der Ausgang des Kampfes.

Nichts regte sich mehr, als die Handgranaten-
trümpfe in die Torwege eindrangen, um die Höfe zu
säubern. Auf dem ersten Hof lagen

zahlreiche Tote und Verwundete.

die um Hilfe riefen. Die ersten Verteidiger kamen
den Truppen bereits mit erhobenen Händen ent-
gegen. Die Offiziere, die an der Spitze ihrer Mann-
schaften das Gebäude gestürmt hatten, forderten den
Rest der Verteidiger auf, die Waffen in einen Win-
kel des Hofes zu werfen und dann anzutreten.
Zuerst ägernd, dann in hellen Scharen kamen die
Spartakisten aus den Kellern, aus den weiter hin-
ter gelegenen Räumen hervor. Eine Anzahl ver-
suchte, über die Nachbargrundstücke hinweg zu ent-
fliehen, wurden aber von den Jägern, die das
ganze Viertel dicht umstellt hatten, in Empfang
genommen und abgeführt.

Inzwischen hatte das Publikum die Sperrketten
durchbrochen, die Hausbewohner der Lindenstraße und
des Belle-Alliance-Platzes eilten auf die Straße, um
die Leichen zu sehen, die während sechs langer Tage
ein Schredensregiment im Südwesten Berlins hat-
ten führen können. Die Stimmung der Menge ent-
lud sich in furchtbaren Verwünschungen gegen die
gefangenen Spartakisten. Schließlich wurden die Ab-
sperrungen durchbrochen und man schlug erbittert
auf die Spartakisten ein. Die Jäger hatten alle
Mühe, um die Festgenommenen von dem Schlamm-
stein zu bewahren. „Syncht die Spartakisten!“ „An-

Die Laternen mit diesen Nachbarn! Ich will es, doch gelang es den Soldaten, die erreichte Mauer zurückzuführen. Etwa 500 Gefangene wurden von den Rägern abgeführt.

Die Verluste der spartakistischen Befragung sind außerordentlich hoch. Unter den Trümmern des „Vorwärts“ liegen angeblich

300 Tote und Verwundete, deren Verlegung noch nicht möglich ist.

Die See- und Druckmaschinen des „Vorwärts“ sind von den Spartakiden fast vollständig zerstört worden.

Bermischte Nachrichten.

— Es sind Zweifel darüber laut geworden, ob es mit Rücksicht darauf, daß verbundene Wahlvorschläge dem anderen Wahlvorschläge gegenüber als ein Wahlvorschlag zu behandeln sind, zulässig sei, auf den bei der Wahl abgegebenen Stimmzetteln Namen von Kandidaten aus verschiedenen dieser verbundenen Wahlvorschläge aufzuführen, und wie derartige Stimmzettel zu behandeln sein würden. Es ist vom Ministerium des Innern dahin entschieden worden, daß nach § 14 Abs. 2 R.-V.-G. die Namen auf den einzelnen Stimmzetteln nur einem einzigen der öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschläge entnommen sein dürfen. Diese Vorschrift habe auch für verbundene Wahlvorschläge zu gelten. Solche Wahlvorschläge seien nach § 12 letzter Absatz a. a. O. nur den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag zu betrachten, im übrigen aber als besondere zu behandeln. Hiernach würde ein Stimmzettel, der Namen aus verschiedenen, wenn auch verbundenen Wahlvorschläge enthält, ungültig sein. Da die Fassung des Reichswahlgesetzes zu diesen Zweifeln Anlaß geben kann, wird der Reichstag die Entscheidung zur allgemeinen Kenntnis gebracht, damit Fehler dieser Art, welche die Ungültigkeit der Stimmzettel zur Folge haben würden, von den Wählern möglichst vermieden werden.

— Frankfurt a. M., 18. Jan. (Die Abenteuer eines Hochkapitans.) Im Gefängnis in Buxbach liegt wegen Unterschlagung der 25 Jahre alte Julius Behl aus Raasph. Da brachte ihm die Revolution die Freiheit und Behl verschwand mit einem Ausweis des dortigen Arbeiter- und Soldatenrates spurlos von der Bildfläche. Behl brachte es fertig, sich fünf Exemplare und die nötigen Briefe des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates anfertigen zu lassen. Damit schickte er zuerst einen Briefchen auf 10.000 Zigaretten. Dann stellte er sich auf der Straße einen Hülfschwann und beauftragte ihn, die Ware für ihn abzuholen. Behl war entkommen, ehe man ihn bei diesem Schwindel ertappen konnte. Ein anderes Mal erschien er auf der Reichsbank und wollte 8000 Mark für die Arbeiterwehr abgeben. Der Kassabeamte erklärte jedoch, daß die Arbeiterwehr von der Stadt bezahlt werde und er deshalb das Geld gütigst nicht herausgeben werde. Behl entfernte sich dann mit der Drohung, er werde Patronen herbeiführen; kam aber nicht wieder. Endlich erreichte ihn sein Schicksal. Mit gefälschtem Briefschein verlangte er in einem Kleidergeschäft Hüte und Anzüge. Der Verkäufer, dem die Sache nicht geheuer vorkam, sagte, daß er ohne Bezugsscheine auch dem Arbeiterrat nichts ausstatten dürfe, er wolle aber die Bezugsscheine besorgen. Er bat Behl zu warten, der aber entfernte sich und wollte die Bezugsscheine selbst besorgen. Zufällig kam er auch nach kurzer Zeit wieder und wurde von dem inzwischen erschienenen Marinestricherbedienstet verhaftet. In seinem Besitze fand man die Ausweisplakate eines Offiziersstellvertreters, und Behl behauptete, sie gekauft zu haben. Als man den Offiziersstellvertreter ermittelt hatte, war der sehr froh, seine Papiere wieder zu haben; denn sie waren ihm mit Briefsack und Paket in einem Wartesaal gestohlen worden.

Aus Raasph und Umgegend.

— Raasph, 14. Januar. Donnerstag den 9. Januar fand eine außerordentliche Kreisversammlung in Grubebühl unter Leitung des Herrn Superintendenten Adams statt, in der die Frage der Trennung von Staat und Kirche besprochen wurde. Nach einem längeren Vortrage des Herrn Superintendenten wurde beschlossen, der Provinzialsynode Vollmacht zu erteilen, die Neuordnung der Verhältnisse auf Grund der Kirchenordnung für Rheinland und Westfalen mit Ausnahme der landesterritorien Bestimmungen herbeizuführen. Scharfer Protest wurde erhoben gegen jeden Versuch, die Kirche durch Gewalt vom Staate zu trennen. Auch über die hiesigen Patronatsverhältnisse wurde längere Zeit verhandelt.

— Raasph, 14. Januar. Der Oberbefehlshaber der 18. Armee, Sr. Excellenz General der Infanterie v. Suttner bringt hierdurch Nachstehendes zur Kenntnis der Bewohner unserer Kreise: Als die Armee in den letzten Novembertagen den Rhein erreichte, hatte sie bereits eine lange Reihe beschwerlicher und mühsamer Märsche hinter sich. Noch aber galt es, in eilen und durch die Unkunst der Witterung erschwereten Märschen das Versammlungsgebiet östlich des Rheins zum Abtransport zu erreichen. Das bedeutete für einen Teil der Armee Märsche fast bis in die Gegend von Eßel. Es ist ein unbestreitbares Verdienst der Bevölkerung, wofür ich das beigetragen zu haben, daß die Truppen diese Anstrengungen überstanden haben. Der herzliche Empfang der mit deutschen Fahnen und Tannengrün geschmückten Dörfer, die aufopfernde Aufnahme von Mann und Pferd durch den Einzelnen, die selbstlose Abgabe von Lebensmitteln aller Art hat die Märsche der Truppen bei ächtlich gemindert. Die 18. Armee wird sich dankbar dieser Zeiten, in welcher der Deutsche dem Deutschen half, erinnern. Ich spreche der Bevölkerung und insbesondere allen Verwaltungs- und Gemeindefunktionären meinen warmen Dank für das zum Besten der mir unterstellten Truppen geleistete aus. Wenn durch den Heimatdienst Einzelner und durch die Wirren der Zeit, welche die im deutschen Heere bis dahin vorhandene und anerkannte Zucht und Ordnung beeinträchtigt haben, Schäden an Hab und Gut der Einwohner entstanden sind, so bedauere ich und mit mir jeder rechtschaffene Deutsche das. Die Armee derartige Vorgänge aufzufassen. Die Armee hat zur teilweisen Wiedergutmachung solcher Schäden den Generalkommandos VIII. XI. und XVIII. Armee-Korps einen Hilfsfonds in bestimmten Grenzen zur Verfügung gestellt. Dorthin bitte ich Anträge auf Entschädigung einzureichen. Das in zahlloser Menge abgestellte Heeresgerät empfehle ich dem Schutz der Bevölkerung, um auf diese Weise unserem Vaterland große Werte zu erhalten. Zum Schluß mache ich darauf aufmerksam, daß Waffen und Munition wohl in allen Untertänen liegen geblieben sind, durch deren unachtsame Anwendung namentlich durch Kinder und Halbwachsende Unglücksfälle sich ereignen können, die Schmerz undummer bringen. Ich bitte daher den Einzelnen wie die Gemeinden darüber wachen zu wollen. — Indem ich vorstehendes Schreiben zur allgemeinen

Kenntnis bringe, ersuche ich nochmals dringend, das abgeforderte Heeresgerät, insbesondere Waffen und Munition unverzüglich an die Gemeindevorsteher abzuliefern.

Dr. Kretschmar, Landrat.

Grubebühl, 14. Jan. Das Spielen mit Schusswaffen hat auch hier Unheil verursacht. Zwei Jungen die mit zurechtgeschaffenen Militärrevolvern spielten, schossen sich ins Bein und brachten sich noch andere Verletzungen bei. Die Spielerei hätte noch viel schlimmere Folgen haben können. Es ist gar nicht zu verstehen, daß die Eltern ihre Kinder nicht besser im Auge behalten und ihnen solches gefährliche Spielzeug abnehmen. Man ist sogar auf der Straße seines Lebens nicht mehr sicher, da die Burschen in vielen Fällen mit Waffen herumlaufen und Unfug damit treiben. Die amtlichen Verbote werden fast gar nicht, oder wenig beachtet.

Zur Wahlbewegung.

An dieser Stelle finden Berichte über Wahlversammlungen und sonstige Einfindungen aus dem Besserkreis, ohne Unterschied der Partei, Aufnahme. Die Schriftleitung übernimmt hierfür jedoch nur die preisgelegte Verantwortung.

— Feudingen, 14. Jan. Am vergangenen Donnerstag fand hier eine Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei im Saale des Herrn Reinhold Müller statt. Es waren so viele Zuhörer aus Feudingen und Umgegend erschienen, daß der Saal nicht alle zu fassen vermochte. Der Redner war Herr Klingenspor aus Siegen. Herr Adolf Fischer-Lasph begrüßte die Versammlung und erteilte Herrn Klingenspor das Wort. Dieser Herr wußte durch einen klaren, sachlichen Vortrag die Zuhörer bis zum Schluß zu fesseln. Er ging von den betrieblenden politischen Verhältnissen der Gegenwart aus, berührte die durch die Revolution beeinflussten ungünstigen Verhältnisse, beleuchtete die Bestrebungen der einzelnen Parteien, besonders die undurchführbaren der Sozialdemokratie und betonte den engen Zusammenschluß aller rechtsstehenden Parteien, um das aus tausend Wunden blutende Vaterland wieder aufzurichten. Sehr eingehend wurde das Programm der deutschen Volkspartei entwickelt. Nachdem Herr Klingenspor noch einige unbedeutende sachliche Fragen beantwortet hatte, wurde die Versammlung, die durch keinen Miston gestört wurde, geschlossen.

— Raasph, 14. Jan. Am Freitag Abend hielt die Deutsche demokratische Partei ihre erste Wahlversammlung im hiesigen Kreise im Rößchen Saale ab. Nachdem Herr Ernst Mittelmann die Versammlung eröffnet und darauf hingewiesen hatte, daß es Pflicht eines jeden sei, auch die gegnerische politische Auffassung zu achten, nahm Herr Dr. Schmidts aus Hagen das Wort. Er schilderte die Not unseres Vaterlandes und betonte, daß die Geschichte beweisen habe, daß Deutschland nie stärker gewesen wie in größter Not. Dann befaßte er sich zunächst mit dem neugegründeten Parteiprogramm. Er führte aus, daß rechts von der Deutschen demokratischen Partei drei Parteien ständen, die die alten monarchischen Gedanken weiter vertreten und die durch ihre alldeutsche Machtpolitik Schuld am Zusammenbruch Deutschlands trügen. Ein Zusammengehen mit diesen Parteien sei in diesem Wahlkampfe unmöglich, denn dadurch würde mit der Sozialdemokratie jede Fühlung verloren und diese schließlich ganz von dem Bürgerum getrennt werden, wodurch die Gefahren eines Bürgerkrieges näher rücken. Also nicht gegen die Sozialdemokratie dürfe die Parole heißen, sondern für die schwer kämpfende Mehrheitspartei-Regierung und gegen die anarchistisch gesonnenen Elemente der Sozialdemokratie. Der Redner fragte: „Ist denn überhaupt eine reine bürgerliche Mehrheit unter den jetzigen Umständen möglich?“ Nein, und deshalb schon ist es erforderlich, daß eine Verbindung zwischen Sozialdemokratie und Bürgerum hergestellt werden muß. Weiter führt Redner aus: Von der Sozialdemokratie trennt uns nicht nur die Kulturfrage, sondern auch die Auffassung über die Grundlage der Volkswirtschaft. Eine im Marx'schen Sinne durchgeführte Sozialisierung ist vorläufig unmöglich. Die Deutsche demokratische Partei will das kapitalistische System beibehalten, obwohl sie die vielfachen Mängel und Anzeichen, die sie durch eine entsprechende Sozialreform beseitigen will, nicht verkennt. Redner führte weiter aus: Man macht uns den Vorwurf der Religionsfeindschaft. Nichts ist unwahrer. Aus Gerechtigkeitswünschen wir Trennung von Staat und Kirche, die dabei wohl fahren wird. Auch bedeutende Theologen haben sich dafür ausgesprochen. Der Religionsunterricht soll und muß in der Schule unter allen Umständen beibehalten werden, doch ohne Zwangscharakter für Eltern und Lehrer. Im heutigen Kampfe gegen unsere Auffassung wird die Kanzel öfter mißbraucht, das wird sich vielleicht später zeigen. Zum Schluß betont nochmals Redner, daß alle freigeistlichen Männer und Frauen nur die Deutsche demokratische Partei unterstützen müssen und daß nur unter Mitwirkung und Freimachung aller Volkskräfte Deutschland aus dem tiefen Elend gehoben werden könnte. Demokratie ist deshalb die Lösung.

— Oberndorf 12. Jan. In der Wirtschaft Fr. Rinde-Küppershausen fand heute die erste sozialdemokratische Wahlversammlung statt. Neben den zahlreich anwesenden Männern waren auch einige Frauen erschienen. Es ist leider hier in unserm Wittgensteiner Lande noch immer der Gedanke vorherrschend, daß Frauen und Mädchen an derartigen Versammlungen sich nicht beteiligen dürfen. Dies wird sich eines Tages bitter rächen, wenn durch Unkenntnis der Sachlage die Stimme bei der Wahl einer Partei gegeben wird, die nur Interessen der Großkapitalisten und erwerbungsgeiliger Herren vertritt, denen die Erhalter von Longwy und Brie in Nordfrankreich lieber waren als das Leben von Tausenden deutscher Männer und Söhne. Jede Mutter, die um ihre geliebten Söhne trauert, jede Kriegervitwe, die sich mit ihren Kindern nun allein durchs Leben schlagen muß, jede Braut, die den Geliebten nimmer wiederfindet, jedes Glied des weiblichen Geschlechts sollte, um daselbst Elend zu verhindern, zu erfahren suchen, wo ihr Platz am Wahltag sein muß. Der Redner legte in ausführlicher Weise das Programm der sozialdemokratischen Partei dar. Besonders trat er der Partei unterworfenen Absicht entgegen, daß sie jeden, auch den kleinsten Privatbesitz verstaatlichen wolle, ebenso der anderen Meinung, als ob die sozialdemokratische Partei die Religion verbiete oder ausrotten wolle. Besonders Beifall fand auch die Ausführung über die geplante Einheitschule. Auch die Frage der Aufteilung der Gemeindegüter und ähnlicher großen Verfügungen in kleine Bauerntümer, zwecks intensiver Bewirtschaftung, kam zur Sprache. In der Diskussion wurde mit Nachdruck hervorgehoben, daß wir diesmal nicht anders wählen können als sozialdemokratische Mehrheitspartei, sollte uns aber diese ihre gemachten Versprechen nicht halten, so würden wir bei der nächsten Wahl unsere Stimme dem geben, der unsere Interessen besser vertrete.

Am Freitag Abend behandelte in Raasph der Redner der deutschen demokratischen Partei, Herr Dr. Schmidts in seinem Schlußwort die Religionsfreiheit.

Dazu möchte ich ein Wort sagen: Der Redner begünstigte mit seiner Partei Trennung von Kirche und Staat. Er betonte hierbei vor allem: Religion ist Privatangelegenheit eines jeden Einzelnen. Religionsunterricht soll bestehen, doch ist es den Eltern in die Hand zu geben, ob sie ihr Kind an dem Unterricht teilnehmen lassen wollen. In dieser Religionsfreiheit, Freiheit der

heiligsten Gefühle, liegt eine schöne Forderung. Doch kam mir das Bedenken, besteht in dieser Freiheit nicht ein Zwang, den die Eltern auf ihr Kind ausüben? Denken die Eltern antichristlich und halten ihr Kind dem Religionsunterricht fern, dann lehren diese Eltern fast immer ihr Kind, alles Religiöse mit ihrer Brille betrachten. Nur wenige Eltern verhalten sich, wie sie es müßten in diesem Punkte — passiv. Das Kind antichristlicher Eltern wird meistens allem Religiösen gegenüber lächeln, wenn nicht spotten. Das Wichtigste hierbei ist, daß diese Eltern dem Kinde jede Gelegenheit nehmen, sich ein eigenes religiöses Leben zu schaffen. Dieses sich zu bilden ist nur möglich, wenn dem Kinde Gelegenheit gegeben wird, einen Einblick in die Geschichten der heil. Schrift zu tun. Jedes Kind müßte das Leben des edelsten und besten Christen kennen lernen, denn alle Sitten, alle Moralgelehrten sind seinem Leben und Sterben entnommen. Darum muß jedes Kind als werdende, eigene, freie Persönlichkeit Religionsunterricht haben, und selbst die Eltern haben nicht das Recht, diesen ihrem Kinde zu nehmen.

Eine deutsche Frau.

Einem Teil der heutigen Ausgabe unseres Blattes liegt ein Flugblatt der Deutschen Volkspartei bei.

Codesanzeige.

Gestern Abend 8 1/2 Uhr verschied nach kurzem schwerem Leiden unsere gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, die

Wwe. Wilhelm Loos

im 88. Lebensjahre sanft im Herrn.

Dies zeigen an

Namens der trauernden Hinterbliebenen

Familie Karl Pfeil.

Raasph, Dahlbruch u. Frankfurt a. M., 18. Januar 1919.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 3 1/2 Uhr statt.

Dankfagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Ableben und der Beerdigung unserer lieben Verstorbenen, sowie für die vielen Kranzspenden sagen wir Allen unseren innigsten Dank.

Raasph, den 13. Januar 1919.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Chr. Preis.

Bekanntmachung.

Es sind mir eine Anzahl Kerzen überwiesen worden und sollen dieselben an diejenigen Haushaltungen verteilt werden, welche besonders unter der knappen Zuweisung von Leuchtmitteln zu leiden haben.

Die Verteilung erfolgt in nachstehender Weise:

Für die Gemeinden des Bahntales durch den Gemeinde-Vorsteher Weber in Feudingen.

Für die Gemeinden Grubebühl, Schameder, Benke und Zinje durch den Gemeinde-Vorsteher Wehndt in Grubebühl.

Jede Haushaltung, welche Anspruch auf den Bezug von Kerzen macht, hat eine Bescheinigung des zuständigen Gemeinde-Vorstehers vorzulegen, wonach sie zum Bezuge von Kerzen berechtigt ist. Diese Bescheinigung ist beim Empfang der Kerzen abzugeben.

Mit der Ausstellung von Bezugsscheinen ist sparsam umzugehen, da die Menge der zur Verteilung stehenden Kerzen gering ist.

Preis für eine Kerze 23 Pfg.

Grubebühl, den 8. Januar 1918.

Der Amtmann. Roßler.

Butter- und Geflügelabgabe

an die fettverfürsorgsberechtigten Personen in Raasph den 15. Januar Butter bei L. Mengel. Preis 3,60 Mk. pro Pfd.

Wer keine Butter wünscht erhält 1/2 Liter Rahm zu 75 Pf. bei Wilhelm Hoch. Abgabe erfolgt auf die Butterkarte.

Raasph, 18. Jan. 1918.
Der Bürgermeister.
Verensmann.

Wegen Erkrankung des jetzigen suche ich für sofort ein braves, tüchtiges

Hausmädchen, welches gut milken kann (1-2 Kühe).

Frau Albert Behner, Kreuztal, Kreis Siegen, Bismarckstr. 2.

Ein gebrauchte Nobelbank

zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis an die Geschäftsstelle der Wittig & Zg.

2 guterhaltene, runde Tische und 1 Lehnstuhl

zu verkaufen.

Carl Schröder, Raasph.

Alle Arbeiter gehören in die Deutsche demokratische Partei!

Nicht nur die Fabrikarbeiter, sondern auch die Handwerker, Kaufleute, Beamten, Lehrer, Fabrikanten, Offiziere und Angestellten sehen wir für Arbeiter an. Das Einkommen aus Arbeit muß an allzugroßen Steuern geschüttet und dafür das arbeitslose Einkommen stärker herangezogen werden. Die Deutsche demokratische Partei will ihr Programm im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung durchführen. Ihr Arbeiter alle, Kopf- wie Handarbeiter, laßt Euch nicht an den Wagen der reaktionären Kreise spannen, die für ihre Vorrechte fürchten und nur mit ihrem Namen als Partei des arbeitenden Volkes erscheinen. Erhofft auch nichts von der Sozialdemokratie, die in Wahrheit nur die Interessen einer bestimmten Einzelgruppe vertritt. Tretet vielmehr geschlossen ein für die **Deutsche demokratische Partei**, denn sie ist

die Partei aller Arbeiter.

Feldzugsteilnehmer, Handwerker, Arbeiter, Beamte, Frauen und Männer!

Angeichts der Anordnung und Gewaltherrschaft heißt unsere Losung im Wahlkampf zur Nationalversammlung

Kampf gegen Umsturz und Klassendiktatur!

Deshalb haben untenverzeichnete Parteien sich entschlossen, in den Wahlkampf zu gehen

mit verbundenen Listen.

Jeder kann sich so zu seiner Partei bekennen, jede Partei ihre Anhänger sammeln und dennoch geht keiner der Parteien des Bürgertums eine Stimme verloren.

Wer die Rettung Deutschlands will,
Wer Brot, Friede und Arbeit sichern will,
Wer Recht, Freiheit und Ordnung will,

der gebe seine Stimme auf unsere Listen.

**Christlich demokratische Volkspartei.
Deutsche Volkspartei.
Deutsch-nationale Volkspartei.**

Der Führer der Deutsch-demokratischen Partei im Kreise hat bei Vorgesprächen, welche von uns veranlaßt und das Zusammengehen sämtlicher bürgerlicher Parteien des Kreises zum Ziele hatten, erklärt, die Deutsch-demokratische Partei des Kreises stehe der Sozialdemokratie näher als den rechtsstehenden Parteien. Daß sie dies tut, haben wir aus dem am letzten Freitag im Koch'schen Saale gehaltenen Vortrag des demokratischen Redners vernommen.

Wer so ernsthaft für die Wiederherstellung der bürgerlichen Ordnung eintreten will, wer in allen innerpolitischen, kulturellen wie wirtschaftlichen Fragen einem kraftvollen Liberalismus huldigt und wer vom bewußt deutschen Standpunkt aus die zukünftigen Schicksale des Reiches mitbestimmen will,

der schließe sich der Deutschen Volkspartei an.

Heute, Samstag abend, 7 Uhr findet bei der Wwe. Breier in Laasphe eine

Versammlung der Holzarbeiter

statt. Der Vorstand der Ortsgruppe Laasphe des Holzarbeiterverbandes.

Zwei Angestellte mit kleiner Familie suchen schöne

Wohnung

von 3-4 Zimmern nebst Küche der sofort oder 1. April. Angebote an die Geschäftsstelle der Wittgenst. Ztg.

Achtung!

Aufgepaßt!

Unser Stimmzettel sieht so aus:

Bergmann August Winnefeld, Gänningfeld,
Kreis Gelsenkirchen.

D. Reinhard Mumm, Siegen

u. s. w.

Deutsch-nationale Volkspartei. Deutsche Volkspartei.

Deutsche Volkspartei.

Am Freitag den 17. d. Mts., abends 8 Uhr
findet im Saale des Herrn Koch in Laasphe ein

Vortrag

des Herrn Dr. Mollat statt, wozu eingeladen wird.
Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Nach einer Verordnung des Reichsarbeitsamts vom 14. 12. 1918 (Reichsgesetzbl. 1918 S. 1429) wird Personen, die auf Grund der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung eine Altersrente beziehen, für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1919 eine monatliche, im voraus zu zahlende Zulage von 8 Mark zu ihrer Rente gewährt, sofern sie nicht Ausländer sind, die sich im Auslande aufhalten. Quittungsvordrucke sind bei den Gemeindevorstehern zu haben.

Erndtebrück, den 9. Januar 1919.

Der Amtmann. Koeßler.

Bekanntmachung.

Die Ausgabe der Wahlkarten für Selbstversorger findet Mittwoch den 15. d. Mts., vorm. von 9-10 Uhr statt.

Wie bei werden in jedem Quantum im Geschäft der Wwe. Koch abgegeben.

Laasphe, 13. Januar 1919.

Der Bürgermeister.
Berensmann.

Die Deutsche Demokratische Partei tritt ein für Einheit und Freiheit. Sie will die Trennung von Staat und Kirche unter größter Schonung der Kirche. Sie ist für die Beibehaltung des Religions-Unterrichts in der Schule.

Suche auf sofort 8—10 fleißige
Arbeiter
für dauernde Beschäftigung.
Josef Hoppe,
Lohe bei Dahlbruch, Kreis Siegen.

Ein mächtiger demokratischer Zug geht durch die Welt. Wirke mit im Geiste der Zeit und tritt ein für die Deutsche Demokratische Partei.

Die Deutsche Volkspartei ist die liberale Partei

Sie kämpft für
Vaterland
Freiheit
soziale Ge-
rechtigkeit

Das deutsche Volk darf sich nicht aufgeben in würdeloser Erschlaffung und Feigheit. — Alle Trennungsbestrebungen sind rückhaltlos zu verurteilen.

Alle Zwang und Terror nach unten und oben muß aufhören. Freiheit der Person, kulturelle und wirtschaftliche Betätigung. Ordnung.

Weiterführung der Sozialpolitik und Arbeiterrecht. Wiederaufrichtung des Mittelstandes, Förderung freier Bauernschaft auf freier Scholle, der Bestrebungen der Angestellten und Beamten. Gerechte Verteilung der Steuern, schärfste Erfassung der Kriegsgewinne.

Darum
Deutsche Männer und Frauen
tretet der
Deutschen (liberalen) Volkspartei bei!